1) Wie beurteilen Sie die Politik der EU gegenüber der sogenannten Dritten Welt und welche Verbesserungen (auch für eine wirksamere Bekämpfung von Fluchtursachen) sehen Sie?

**Hier die nackten Daten des Kanzleramtes 2013:**

**„Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten erbringen rund 60 Prozent der weltweiten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Jeden Monat sind das über eine Milliarde Euro. Sie hat mit mehr als 160 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika Abkommen über bevorzugten Handel, über technische und finanzielle Hilfe oder politische Zusammenarbeit abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern sowie die Menschenrechte und Demokratie zu stärken. 2012 standen zur Bekämpfung der Armut auf der ganzen Welt und zur Förderung von Demokratie und Respekt vor Menschenrechten 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer zahlten 2010 zusammengerechnet aus ihren nationalen Haushalten rund 54 Milliarden Euro an Entwicklungsfinanzierung. Die jährlichen gemeinsamen Ausgaben liegen bei etwa acht Milliarden Euro. Dies entsprach 0,43 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung. Für 2015 sind 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) angepeilt. Bisherige Planungen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) sehen für 2014 bis 2020 etwa 34 Milliarden Euro für den gemeinsamen Entwicklungsfonds vor. Die Entwicklungsfinanzierung der EU besteht zum einen Teil aus Zuschüssen zum anderen aus zinsgünstigen Darlehen und Investitionskapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) Als größter Binnenmarkt der Welt ist die EU der wichtigste Handelspartner der Dritten Welt. Die Union fördert die Entwicklung auch über den Handel, indem sie ihre Märkte für Produkte aus diesen Ländern öffnet. 2001 wurden unter dem Motto "Alles außer Waffen" für alle Produkte mit Ursprung in den am wenigsten entwickelten Ländern die Zölle und Quoten für den Import in die EU abgeschafft.“**

**Meine Beurteilung: Diese Beurteilung berücksichtigt nicht ausreichend die Effekte der Exportförderung von Agrarprodukten aus der EU. Diese beeinträchtigen in den Ländern die regionalen Märkte und verhindern damit auch deren Chancen auf dem Weltmarkt und in der EU.**

2) Haben die Kooperationsabkommen von Lomé und Cotonou zur Verbesserung der Situation in den beteiligten Entwicklungsländern hinreichend beigetragen, wie lässt sich der Nutzen daraus v. a. für die Armen erhöhen?

**Position des Kanzleramtes 2013:**

**„Die besonderen Handelsbeziehungen zwischen der EU und 79 Ländern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) sind beispielhaft für die Öffnung der Märkte reicher Länder für die Produkte armer Länder. Mit der 2007 gegründeten strategischen Partnerschaft Afrika-EU wurden die Vertiefung der Beziehungen und die Intensivierung der Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika eingeleitet.**

**Meine Beurteilung:**

**Die Politik der gegenüber den AKP-Staaten ist in der Perspektive der Kolonialgeschichte Frankreichs zu sehen. Auch hier gilt, dass vor allem die Agrarsubventionierung der Exporte auch in diese Länder deren regionale Märkte und die Chancen des Exprotes in die EU weiterhin beeinträchtigen.**

3) Welche Auswirkungen sind von dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA zu erwarten, v. a. auch hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung?

**Es sind wegen der vertraulichen Vorgespräche noch keine Inhalte bekannt. Ein mögliches Abkommen muss nach den Wahlen zum EU-Parlament völlig neu aufgestellt werden, unter Wahrung aller Rechte des EU-Parlamentes, der Mitgliedstaaten und deren Länder (für Deutschland: entsprechend dem Lindauer Abkommen). Dabei muss Maßstab sein: keine Abstriche insbesondere an sozialen, ökologischen, verbraucherschützenden und insbesondere auch rechtsstaatlichen Standards.**

4) Sind EU-Agrar-und Handelspolitik mit ihrer Entwicklungspolitik im Einklang?

Siehe oben 1) und 2)

5) Was lehrt der jüngste EU-Afrika-Gipfel, auch für ihre Zivilgesellschaften?

**Nach einem Zitat des EU-Kommisars von Rompoy erklärten die Europäer ihren Willen, die Partnerschaft zu Afrika neu auszurichten - weg von kurzfristiger Entwicklungshilfe hin zu langfristigen Investitionen und Handelsbeziehungen. "Die Verlagerung von Hilfe zu Handel und Investitionen - zur Bekämpfung von Armut - ist das Motto". Die Frage ist, ob dies dies wirklich auf Augenhöhe gelingt oder es nur um die Öffnung der Märkte Afrikas für europäische Produkte und die Abschottung von Flüchtlingsströmen geht.**

Gotthold Balensiefen  
Europakandidat  
(SPD